

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zahlung 1,80 Mark, vierteljährlich
4,80 Mark, durch die Post 2,00 Mark
ausschließlich. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter
Sonder-Zustellungsnummer. Für
verlangt empfangenes Heft
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Zeitung“ gestattet.
Genau der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133,
postfach-Konto Leipzig Nr. 4000.

Zeitung

Dreizehntägiger Jahrgang.

Nr. 67a.

Halle, Montag, den 10. Februar.

1919.

Die Verteilung der Kriegserlösungen.

Energischer Protest wegen der Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen.

Aus Weimar.

Erweitertes Amt und Reichscolonialamt.
WTB. Weimar, 9. Februar. (Drahtnachricht.) Aus parlamentarischen Kreisen verlautet mit, daß die Verhandlungen der Fraktionen über eine Wehrrechtsbildung noch nicht zu Ende geführt sind. Ein gemeinsames Aktionsprogramm ist noch nicht aufgestellt worden, jedoch gilt eine Wehrrechtsbildung als abgesehen. Auch in der Frage der Kabinettsbildung ist eine endgültige Regelung noch nicht erfolgt. An der Verteilung der Güter auf 7 Wehrrechtsfraktionen, 4 Demokraten und 4 Angehörige der Zentrumspartei soll festgehalten werden, jedoch ist noch nicht klar, welcher von diesen Parteien der Posten des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes zugerechnet werden soll. Es wird in parlamentarischen Kreisen angenommen, daß die Leitung des Auswärtigen Amtes in den Händen des bisherigen Staatssekretärs Grafen Brodorski-Rankau bleibt. Als Kandidat für das Reichscolonialamt werden sowohl Freiherr von Rechenberg wie auch Dornburg genannt. Naturgemäß werden auch die Gesundheitspolizei nach dem Stärkeverhältnis der drei Wehrparteiarten verteilt werden.

Konferenzbericht der Regierung.

WTB. Weimar, 9. Febr. (Drahtnachricht.) Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, soll die neue Kabinettsvorlage nach im Laufe dieser Woche vorzubereitet werden. Kommissar nach Erlegung des provisorischen Verfassungsreferendums wird der Volksbeauftragte Seidelmann den Reichswahlbericht der Regierung vorbringen und in diesem Zusammenhang auf die Fragen der auswärtigen Politik eingehen. Nach einer Meldung der „Weimarer Nachrichten“ handelt es sich bei der 25-Milliarde-Vorlage nicht reines um eine neue Forderung, vielmehr sind 15 Milliarden bereits vom letzten Reichstag erledigt worden, wovon ein erheblicher Teil allerdings bereits zur Verwendung erlangt. In den 25 Milliarden kommen noch 300 Millionen hinzu, die zur Deckung der aufgewendeten Baukostenfonds bestimmt sind.

Die Ausschüsse.

WTB. Weimar, 9. Febr. (Drahtnachricht.) In der Nationalversammlung sind sieben Ausschüsse gebildet worden: 1. Sachauswahlschuss 23 Mitglieder, 2. Wahlauswahlschuss 14 Mitglieder, 3. Wirtschaftsausschuss 21 Mitglieder, 4. Wirtschaftsausschuss 28 Mitglieder, 5. Exekutiv-Ausschuss 28 Mitglieder, 6. Rechnungsausschuss 24 Mitglieder und 7. Petitionsausschuss 28 Mitglieder.

Erfurt von Regierungstruppen befehzt.

WTB. Erfurt, 9. Februar. (Drahtnachricht.) In der Stadt zum Sonntag sind Regierungstruppen eingetroffen, die die Bürgerhäuser besetzt haben. Seit heute früh sind die öffentlichen und andere Gebäude und der Bahnhof von Regierungstruppen besetzt. In der Stadt ist nach wie vor alles ruhig.

Von der Waffenstillstandskommission.

Anfragen wegen noch dem 11. II. ansehnenswerten Offizieren an.

WTB. Berlin, 9. Februar. (Drahtnachricht.) Einlagebericht der Waffenstillstandskommission in Spaen vom 8. Februar: Der französische Vorkommando möchte betonen, daß der französische General Doyon beauftragt ist, sich in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ministerrat des Innern in Berlin zwecks Vereinbarung der gemeinsamen deutsch-französischen Zivilverfahren zu befassen, die während des Krieges zwischen die drei Seiten verfallen mußten. Die Wünsche der Zivilverfahren, die bereits vor dem Krieg ins Werk versetzt haben, kann auf ihren Wunsch vom französischen Kommando in Spaen, Herrn General, verwirklicht werden. Der belgische Vertreter bittet um Überlieferung der Listen, in welchen die in der Vergangenheit und Kriegesgefangenen vorerhaltenen Todesfälle enthalten sind. General von Hammerstein überreichte folgende Note: Der Vorkommando der deutschen Waffenstillstandskommission hatte in früheren Anfragen, die vom Teil bis 30. November 1918 zurückzuführen, sieben, Nachrichten darüber anzustellen, ob nicht nach dem 11. November beim Übergang der deutschen Truppen deutsche Offiziere und Soldaten vorkommen in Gefangenensache. General von Hammerstein überreichte folgende Liste von Gefangenen: Die in den letzten Tagen übermittelten französischen Listen geben nur eine Aufzählung über bestimmte Einzelfälle, ohne den Kern der Frage zu treffen. Es wird daher angetrieben, ob noch eine Antwort auf die deutsche Bureaufrage beschickbar ist. — General Auvard wird auf die Frage zurückkommen. — Nach dem übermittelten Text des Straßburger Abkommens dürfen die in Straßburg weilenden Familien der deutschen Beamten, Offiziere und Androffiziere usw. in ihren Dienstwohnungen weiterhin wohnen bleiben, bis ein Mitspracherecht ihres Besitzes erfolgt ist. Der Vertreter der deutschen Regierung übermittelte dem General Auvard den Wortlaut der deutschen Verordnung, in welcher die Mitführung von im Grenzgebiet und Belgien während des Krieges beschlagnahmten

Betriebsanrichtungen verlangt wird. — Mödons bittet er noch um Erlebens einer deutschen Anfrage betreffend die Anwendung des französischen Zolltarifs auf den Warenverkehr zwischen der Schweiz und Elzäs-Bezirgen.

Um unsere Kriegs- und Zivilgefangenen

WTB. Berlin, 8. Febr. (Drahtnachricht.) Die beiden in Spaen weilenden Vertreter des Räterebundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, denen es in Folge der ablehnenden Haltung Dubois nicht möglich war, ihre Wünsche zur Frage der Heimführung der deutschen Gefangenen mündlich vorzubringen, haben diese Wünsche in einer Denkschrift niedergelegt. General von Hammerstein hat die beiden Schriftstücke den Vorsitzenden der Weisenhofstandskommission überreicht und ihnen gleichzeitig eine Note übergeben, in der folgendes ausgeführt wird: Ich möchte mich den in den Denkschriften ausgedrückten Wünschen und Vorstellungen zugunsten der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen durchzusetzen an und würde es im Interesse der Menschlichkeit warm begrüßen, wenn eine Weitergabe im bestmöglichen Sinne erfolgen würde. Die vom General Auvard mündlich übermittelten Angaben über den Stand der Rückführung der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen berechtigen zur Hoffnung, daß seitens der Entente-Regierungen diese brennende Frage bald einer günstigen Lösung zugeführt würde. Demgegenüber erwidern die geäußerten Äußerungen General Auvards, wonach die Entscheidung hierüber erst in den Friedensverhandlungen zu erwarten sei, die Befürchtung, daß abernach eine Veränderung in der Auffassung auf Seiten der Entente eintreten ist. Ich halte es deshalb für meine Pflicht, hierdurch erneut auf die dringende Bedeutung hinzuweisen, welche das deutsche Volk der baldigen Rückkehr seiner Kriegs- und Zivilgefangenen beimißt. Eine steigende Erregung und Erbitterung aus der weiteren Zurückhaltung ergreift in wachsendem Maße alle Kreise Deutschlands. Nicht auf gefährliches Gebiet, nicht aber auf die Gefahr der Menschlichkeit führt die heilige Pflicht eines gerechten Friedens, seine unglücklichen und schuldlosen Söhne zurückzuführen.

Bremervorhen kampfslos besetzt.

WTB. Bremerhaven, 9. Februar. (Drahtnachricht.) Abkommens-Telegraphenbericht meldet: Die Besetzung Bremerhavens ist kampfslos in der Nacht vom 8. zum 9. Februar durch die 2. Landesfliegerbrigade (Major Stobbe) durchgeführt worden. Widerstand wurde an keiner Stelle geübt. Von den Ausschüßern der Minenminenartillerie wurden etwa 20 Mann festgesetzt. Der Führer des Soldatenrates Nemmer ist festgenommen.

Absperrung des Aufstandsgebietes.

WTB. Berlin, 8. Febr. (Antif.) Wer ohne Genehmigung des örtlichen zuständigen Generalkommandos die Grenzen des vom Aufstand betroffenen Teiles der Provinz Opren zu überschreiten versucht, ist sich der Gefahr aus, an der militärischen Absperrungslinie festgehalten und zwangsweise zurückschickert oder in ein Sammellager verbracht zu werden.

Ablehnung des Reichsoldatenrates.

WTB. Berlin, 9. Februar. (Drahtnachricht.) Postbesetzer, Arbeiter und Kriegsmilitär Reichsbund haben laut Deutschlandmeiner Zeitung den Antrag der Berliner Konferenz der Korpsoldatenräte auf Bildung eines Reichsoldatenrates abgelehnt.

Ein Brief Bethmann-Hollwegs.

WTB. Berlin, 9. Febr. Unter der Überschrift „Die Auslieferung des Kaisers und Herr von Bethmann-Hollweg“ bringt die „Kreuzzeitung“ ein Schreiben Bethmann-Hollwegs, worin an seine Meinung gegenüber der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ erinnert wird. Selbstverständlich, heißt es, nehme ich in Anspruch, daß meine fiktive scheinliche Evidenz vor dem Teil für die positiven Verhandlungen des Kaisers auch von einem neutralen Gerichtshof zur Grundlage seiner Entscheidung gemacht wird.

An die Bergleute Deutschlands.

Sagan, 8. Febr. Der Arbeiter- und Soldatenrat Sagan richtet an die Bergleute Deutschlands folgenden Aufruf: Arbeitsbrüder in den Bergwerken, hört auf mit Euren Streiks! Fördert wieder Kohlen! Nur Eure Arbeit verhilft uns Arbeit! Nur wenn Ihr arbeitet, brauchen unsere Weibkinder nicht zu hungern! Nur mit Euren Kohlen können wir Euer Kleidung verschaffen! Gefährdet nicht die Erzeugnisse der Revolution durch die Erdbeholdung der Bergarbeiterschaft Deutschlands! Nochmals fährt wieder ein und fördert Kohlen! Ganz Deutschland wird es Euch danken. Es lebe die Volksrepublik!

Groß-Deutschland.

Der deutsch-österreichische Zusammenschluß.

Der. Berlin, 8. Februar 1919.
In klaren Worten, an denen sich nicht drehen und deuten läßt, hat der Volksbeauftragte Gebert in seiner Weimarer Eröffnungsrede das Problem Groß-Deutschlands aus der Taufe gehoben: „Mit offenen Armen und Herzen willkommen!“ tief er den Deutsch-Österreicherinnen zu: „Ergehört zu uns und wir zu ihnen.“ Und schließlich: „Kein Grenzplan mehr soll zwischen uns stehen!“ In diesen edelsten Schlagen liegt ein moralisches Verprechen, das die Nationalversammlung durch einlösen wird, daß sie die künftige Reichsregierung die Ermächtigung erteilt, baldmöglichst mit Wien über den Zusammenschluß zu verhandeln. Der deutsch-österreichische Gesandte Herr Rudo Hartmann begrüßt in öffentlichen Äußerungen den Österreich-Vertrag als „die erste wirkliche Antwort von antiker deutscher Stelle“. Soweit wäre alles schön und gut und hoch erheulich. Aber gerade wer damit einverstanden ist und den Anschluß Deutsch-Österreichs von Herzen wünscht, darf nicht die Schatten Seite der Angelegenheit übersehen und muß die Widerstände kennen, die sich ihr jetzt noch entgegenstellen. Tatsache ist, daß sich in Österreich selbst eine partei Dissen gegen den Anschlußplan geltend macht. Einerseits will man sich nicht mit der Entente überwerfen in einem Augenblick, da die ersten Lebensmittellieferungen eintreffen. Andererseits hat man wirtschaftliche Bedenken. Was will Deutsch-Österreich, so fragen die Bangemäher, wirtschaftlich bei dem geschwächten, von Augenbald abgeschlissenen Deutschland gewinnen? Was will es tun, wenn die Tschechen, wie es Waldart androhte, Deutsch-Österreich von der Zukunft abschneiden im Falle ein Anschluß an Deutschland vollzogen wird? Die Opposition ist hauptsächlich in liberalen und bürgerlichen Kreisen zu suchen und Gerin, der wieder aktiv in die Politik eintreten will und sich an die Spitze einer neuen „Bürgerpartei“ gestellt hat, erklärt sich gegen den Anschluß. Als Vertreterin einer wenig anschlussfreundlichen Industrie hat bisher auch die „Neue Zeitungs-Pressen“ gegen den Anschluß eine zwar mehr latente als aktive, aber immerhin eine gewisse Abneigung gezeigt. Sie bringt jetzt gegen den bekannten anschlussgegner Professor Wilhelm Doehler einen anschlussfreundlichen Artikel von Professor Voegler. Aber diese Meinungstoleranz will bei dem großen Maße nichts besagen. Es fehlt noch der offene Anwendung redaktioneller Natur. Wertwürdigerweise erhebt sich auch am Tage nach der Oberirdischen Kundgebung eine reichsbekannt Stimme gegen den Anschluß, die man hören muß: Ewald Bernheim, der beiderseitige Staatssekretär des Reichsausschusses, der übrigens immer noch nicht aus dem Reichsausschuss nach Bern gerückt ist, weil er von der Schweiz noch keine Einreisevisa erhalten konnte, überläßt einer neuen Berliner Mittagszeitung Ausführungen, worin er vor einer Überleitung des deutsch-österreichischen Anschlusses dringender warnen zu müssen glaubt. Die Gründe: Deutschland dürfe keine Lage auf der bevorstehenden Friedenskonferenz nicht verschleiern! Das dies aber durch den Zusammenschluß mit Deutsch-Österreich geschehe, darüber bestehe kein Zweifel, wenn man die Artikel der heute abgehenden französischen Zeitungen lese. Die Pariser Bourgeois-Prese betrachte einen deutschen Zuwachs an Volkstaat als eine Bedrohung Frankreichs ebenso, wie die bonapartistischen Bourgeois von 1866 gegen die Bildung des Norddeutschen Bundes waren. Was aber damals infolge der preußischen Siege doch von Bismarck durchgeführt worden sei, wäre heute angesichts der factischen Schwäche Deutschlands unmöglich. Die heutigen Imperialisten der Verbandsstaaten würden den Zusammenschluß einfach verbieten, wie es der Wiener Kontrahent von 1815 getan habe. — Nun ist das doch ein hartes Stück von Bernheim! Er, der Sozialist und Imperialist, will den deutsch-österreichischen Zusammenschluß verurteilt wissen aus Furcht vor dem Sturzruhen der französischen Nationalisten und Bourgeoispartei! Und weiß Bernheim nicht, daß die französische Diplomatie und Presse mit ihrer Streiterei gegen den Anschluß in Wahrheit den Allierten nur allein hilft? Wissen bleibt auf seinen 14 Punkten und kann auch in diesem Falle auf den deutsch-österreichischen Zusammenschluß festgelegt werden. Dazu gefellen sich neuerdings sehr viele englische Stimmen, die bereit sind, den rein deutschen Charakter weiter Strecken Österreichs und ihren Anschluß an das Reich als die gegebene Lösung nach dem Selbstbestimmungsrecht offen an zu erkennen. Und Italien, dessen wirtschaftliche Interessen durch das französische Vorgehen einer deutschfeindlichen Donaustadtverabbarung auf das empfindlichste gefährdet werden, ist jetzt Feuer und Flamme



